

Schöpf: „Ich säge nicht an Stühlen“

Mit geharnischten Worten kritisiert Gemeindechef Ernst Schöpf (VP) die Umsetzung des Agrarerkenntnisses. Das Land weist die Kritik zurück.

Von Peter Nindler

Innsbruck – „Ich bitte, mich bei der Parteivorstandssitzung am 4.4.2011 zu entschuldigen. Ich bin nämlich beim ‚Predigen‘ (copyright: VP-Klubobmann Josef Geisler in der Bauernzeitung vom 31. März 2011) bei den Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen in Osttirol.“ Mit diesen an VP-Chef LH Günther Platter gerichteten Worten hat der Gemeindeverbandspräsident eine Debatte auf mehreren Ebenen ausgelöst: in der ÖVP, in der Landesregierung und bei den Agrarbehörden. Denn bewusst hat Schöpf das E-Mail auch an die meisten ÖVP-Vorstandsmitglieder geschickt. „Ja, ich will damit eine Debatte auslösen, denn die Gemeinden müssen in der Agrarcausa endlich zu ihrem Recht kommen.“

Derzeit informiert er die Bürgermeister über die Erstellung der Rechnungskreise bei den Gemeindegutsagrargemeinschaften. Über die behördlichen Handlungsanleitungen seien die Gemeindefunktionäre verunsichert und vielfach sauer. „Bei meinen Predigten wird keinerlei sektiererische Botschaft unters Volks gebracht, sondern lediglich eingefordert, dass sich alle Akteure bis hinauf zu den höchsten politischen Würdenträgern an die Gesetze und die Judikatur der Höchstgerichte halten“, informierte er Platter. Keinesfalls, so Schöpf, hege er damit politische Absichten oder Karrieregelüste. „Ich säge an keinen Stühlen, auch nicht an jenem von Platter“, stellt Schöpf klar. Er habe auch keinen Wahlkampf zu eröffnen: „Wenn das andere tun, ist das ihre Sache.“ Die Gemeinden müssten endlich zu ihrem Recht kommen.

Für Klubchef Josef Geisler ist die Sache schon abgehakt. „Ich habe Schöpf bereits angerufen. Schließlich wollen wir beide, dass das Thema rasch vom Tisch kommt.“ Einen parteiinternen Konflikt kann Geisler keinen erkennen. VP-Wirtschaftsbundobmann Jürgen Bodenseer gibt Schöpf inhaltlich Recht. „Die innerparteiliche Kommunikation dazu könnte besser sein.“

Die Abteilung Agrargemeinschaften verlautete gestern, dass die aus der Agrarbehörde stammenden Anweisungen an die Agrargemeinschaften dem Gesetz sowie der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs entsprechen würden. Die von Schöpf geäußerte Kritik an den agrarbehördlichen Handlungsanleitungen wird zurückgewiesen.